Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

des Sicherheitswesens, Dr. Karwinsky, den Schwiegersohn des Warenhausbesitzers Gerngroß in Wien. Dort in den Gefängnissen und Konzentrationslagern wächst der Glaube an die Sache des Deutschösterreichers Adolf Hitler, wie das in vielen Kundgebungen zum Ausdruck kam. Dem Einfluß und der Kraft dieses Glaubens konnte sich auch die Gendarmerie, die Bewachungsmannschaft innerhalb der Baracken nicht entziehen, denn wo gab es bei der Heimatwehr solche Kameradschaft, solche Hingabe, solche Entschlossenheit? Diese Lager haben die inner- und außenpolitische Lage für die österreichische Regierung nicht verbessert. Eine schlimme Saat geht für sie dort auf. „Wer Wind sät, wird Sturm ernten." Dies alte Wort beweist seine Wahrheit hier voll und ganz.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Ausbau der Landesverteidigung. / Das Treiben Nicoles.

Seitdem die Jahre der Grenzbesetzung unserer Armee einen starken Aufschwung brachten hinsichtlich der Ausbildung (mehr als 600 Diensttage für die Mehrzahl der Truppen) wie der Ausrüstung und Bewaffnung (Maschinengewehre), ist bis zum letzten Herbst für unsere Armee nicht mehr viel von Bedeutung geschehen. Neben vielen kleinen und nicht schwer ins Gewicht fallenden Verbesserungen sind eigentlich nur die Truppenordnung von 1925, die Einführung von leichten Maschinengewehren und von Gasmasken und die Beschaffung moderner Flugzeuge zu nennen. Die Ausrüstung der Armee ist damit, verglichen mit dem Stand von 1918, nicht wesentlich verbessert worden, der Ausbildungsstand aber ist seither wieder zurückgegangen, weil wir nach wie vor unsere Rekruten in zehn Wochen ausbilden zu können vermeinen. Die Soldaten aber, die von 1914 bis 1918 noch 600 Tage Dienst geleistet haben und vor ein paar Jahren noch den Kern der Landwehr bildeten, sind inzwischen bereits im Landsturm. Während rings um uns auch nach dem Krieg die Armeen sich weiter entwickelten und ständig sich modernisierten, ist die schweizerische Armee zur Hauptsache bei 1918 stehen geblieben, und fußt gar auf einem Militärorganisationsgesetz aus dem Jahre 1907, das schon damals nicht allen Anforderungen entsprach, dessen Reform dann im Bericht über den Aktivdienst von General und Generalstabschef vergeblich gefordert wurde und heute noch auf sich warten läßt. Während Taktik und Technik des Krieges sich ständig weiter entwickelten, ließ man im Grunde genommen unser Wehrwesen seit fünfzehn Jahren stagnieren im törichten Vertrauen auf Völkerbund und Abrüstung, aber auch in schwächlichem Nachgeben an den nicht sehr wehrfreudigen Zeitgeist. Inzwischen aber hat sich unsere militärpolitische Lage sehr zu unseren Ungunsten verändert. Nach den bedeutenden Verschlechterungen durch die Friedensverträge kamen im letzten und in diesem Jahr Schlag auf Schlag der Zusammenbruch der Abrüstungsbestrebungen, das offensichtliche Versagen des Völkerbundes, der nationale Umschwung im deutschen Reich und die Errichtung einer faszistischen Diktatur von Mussolinis

Gnaden in Österreich. Frankreich hat es verstanden, in den letzten Jahren seine Ostgrenzen aufs modernste auszubauen und seine Armee auf eine beachtliche Stufe zu bringen. Deutschland ist heute offensichtlich im Begriffe, sich die längst versprochene, aber nie zugebilligte Gleichberechtigung auf militärischem Gebiete gegen den Willen der andern Mächte zu schaffen. An diesem Gegensatz wie an der immer akuter werdenden Saarfrage spitzt sich der deutsch-französische Gegensatz immer mehr zu. In Österreich hat seit dem Februar dieses Jahren Italien festen Fuß gefaßt und seine Militärgrenze praktisch bis an den Bodensee vorgeschoben. Da Italien im Vorarlberg auch wirtschaftliche Interessen zu schützen hätte, müssen wir uns darauf gefaßt machen, bei der nächsten Zuspitzung der österreichischen Lage italienische Soldaten im Rheintal zu sehen.

Diese Ereignisse haben wenigstens das Gute, daß sie viele Illusionen zerstört und manchem Bürger die Augen geöffnet haben über den bitteren Ernst der Stunde und die zunehmende Gefährdung unseres Landes. Die eidgenössischen Räte, die vor einigen Jahren noch geglaubt hatten, das Militärbudget auf eine bestimmte Summe fixieren zu müssen und die noch Ende 1932 verschiedenen zum Teil bedenklichen gesetzwidrigen Sparmaßnahmen zugestimmt hatten, haben letztes Jahr 97 Millionen Franken an außerordentlichen Krediten für das Wehrwesen beschlossen. Damit werden die jämmerlich zusammengeschrumpften materiellen Reserven wieder aufgefüllt, wird die Bewaffnung der Infanterie wesentlich verbessert durch eine starke Vermehrung der Maschinengewehre und durch Zuteilung von Minenwerfern und Infanteriegeschützen, und wird eine teilweise Neubewaffnung unserer Artillerie vorgenommen (Gebirgsartillerie und ein Drittel der Motorkanonen). Viele Gemüter glaubten, mit diesen Mitteln sei nun für lange Zeit genug geschehen. Gewiß hat die Bewilligung dieser 97 Millionen im Ausland großen Eindruck gemacht. Trotzdem werden auch erhebliche Zweifel in unsere Kriegstüchtigkeit laut. Es ist übrigens für die zugespitzte Lage wiederum sehr bezeichnend, wie auffallend viel in letzter Zeit unsere Armee Gegenstand von ausländischen Betrachtungen und Studien ist. Das war noch immer so in Zeiten eines drohenden Krieges, weil jedes Land sich vergewissern mußte, ob die Schweiz ihrem allfälligen Gegner standhalten könnte. Würde diese Prüfung aber negativ ausfallen, so müßte jedes Land darnach trachten, dem allfälligen Gegner zuvorzukommen in der Sicherung der durch die Schweiz führenden wichtigen Operationslinien.

Wir müssen unbedingt zur Einsicht kommen, daß es mit der Auffüllung von Reserven und Einführung von Minenwerfern und modernen Gebirgsgeschützen noch lange nicht getan ist. Wie der um den Ausbau unseres Wehrwesens unermüdlich tätige und hochverdiente Zentralpräsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, Oberst Eugen Bircher, kürzlich ausgeführt hat, kann das nicht mehr als der Anfang sein. Als weitere Aufgabe steht uns die Neubewaffnung der Artillerie bevor, und die verschlechterte militärpolitische Lage macht den Ausbau der Landesbefestigung zur Notwendigkeit. (Hier wäre Arbeit genug für die 54,000 Arbeitslosen, die wir trotz des saisonbedingten Rückganges noch Ende April aufwiesen.) Neben die Erhöhung dieser materiellen Wehrbereitschaft, die zu ihrer Durchführung immerhin einige Jahre in Anspruch nimmt, die uns das Schicksal hoffentlich noch gewährt, muß dringlich auch die Verbesserung unserer Ausbildung kommen durch wesentliche Vermehrung der Ausbildungszeit. Schon das letzten Herbst bekannt gewordene Projekt für eine Armeereorganisation hat eine Verlängerung der Rekrutenausbildung vorgesehen. Seither ist es aber auffallend still geworden um dieses Reorganisationsprojekt. Die Reorganisation einer Armee bringt eben während der Übergangszeit immer eine bedeutende Schwächung mit sich, und so ist es denn angezeigt, bei der heutigen Lage vorläufig die notwendige Reformation an Haupt und Gliedern auf die lange Bank zu schieben. Hievon wird aber das Ausbildungsprogramm ausgenommen, weil dringlichster Natur. Die Landesverteidigungskom-

mission und die Konferenz der Heereseinheitskommandanten haben beschlossen, die Neuordnung der Ausbildung sofort in Angriff zu nehmen und einstimmig die Grundlagen hiefür genehmigt. Das Projekt soll so bald wie möglich dem Bundesrate vorgelegt werden und soll zur Hauptsache eine Verlängerung der Rekrutenausbildung betreffen. So erfreulich diese Tatsache auf den ersten Blick erscheint, so kann man sich doch, solange man noch nichts Genaues weiß, eines leisen Mißtrauens nicht erwehren. Bekanntlich hatte das ursprüngliche Reorganisationsprojekt keine Verlängerung der gesamten Dienstzeit ins Auge gefaßt, sondern nur eine Verschiebung zugunsten der Rekrutenschule und auf Kosten der Wiederholungskurse. Damit wäre aber nicht viel geholfen und lediglich der Teufel mit Belzebub ausgetrieben. Das Schweizervolk verlangt aber, daß endlich ein ganzer Schritt getan werde, was nicht anders möglich ist als durch Verlängerung der Gesamtdienstzeit. Es sei hier nur an die Forderungen der Schweizerischen Offiziersgesellschaft erinnert: mindestens 90 Tage grundlegende Ausbildungszeit für die Soldaten kombattanter Waffen; sieben (Kavallerie acht) jährliche Wiederholungskurse von 15 Tagen für alle Waffen (bisher 12, nur Artillerie 15). Man wird hoffentlich auch in Bern den Ernst der Lage erkannt haben und sich nicht scheuen, vom Schweizer Soldaten eine längere Dienstzeit zu verlangen. Er bleibt dann immer noch bevorzugt im Vergleiche mit den Soldaten anderer Länder.

Der Wehrwille in unserem Volke ist zur Zeit wieder stärker als in früheren Jahren. Wie weit es sich bei den Leuten, die erst letztes Jahr wieder sich zur Wehrhaftigkeit bekannten, um eine tatsächliche Gesinnungsänderung oder nur um ein konjunkturbedingtes parteitaktisches Manöver handelt, wird bald die Zukunft zeigen. Die vermehrten Dienstleistungen, die von unsern Soldaten gefordert werden müssen, und die vermehrten Ausgaben für die Landesverteidigung werden bald genug die Spreu vom Korne scheiden. Trotzdem vertrauen wir auf den gesunden Sinn des Schweizervolkes und damit auf eine Billigung der notwendigen Maßnahmen zum Ausbau unserer Landesverteidigung. Heute mehr denn je kann jeder Bürger erkennen und ermessen, daß die freie Gemeinschaft des freien Schweizervolkes ein Gut ist, dessen Schutz und Erhaltung jedes Opfer wert ist.

* * *

Ein eigenartiges politisches Theater bietet in den letzten Monaten Genf, und zwar nicht allein das internationale Genf des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz selig, sondern diesmal noch viel mehr das schweizerische Genf mit seinem Prachtsexemplar von Regierungschef: Léon Nicole. Eines muß man ihm lassen: er sorgt wenigstens ständig dafür, daß von ihm die Rede ist. Seine Tätigkeit in der Regierung des zweiundzwanzigsten Standes der Eidgenossenschaft gleicht ungefähr der Wirksamkeit des Elefanten im Porzellanladen und bietet nicht allein der schweizerischen Presse ständig Stoff, sondern wird auch in der Presse des Auslandes beachtet. Bei der Agonie des Völkerbundes haben ja die armen Völkerbundsjournalisten mehr als ihnen lieb sein mag Zeit, sich auch um die innerpolitischen Angelegenheiten der Völkerbundsstadt zu bekümmern. Nicole nützt diese günstige Situation weidlich aus und macht so viel von sich reden, daß er sich rühmen kann, europäischen Ruf zu genießen. Ob das zwar zu den positiven Qualitäten eines Regierungschefs eines eidgenössischen Standes gehört, mag sehr bezweifelt werden. Kaum war Nicole ans Ruder gekommen, so wurden verschiedene höhere Beamte abgesetzt und mit ihren Ämtern wurden Kreaturen Nicoles belohnt. Berüchtigte Elemente, die von der früheren Regierung ausgewiesen worden waren, durften wieder zurückkehren und ihre unterbrochene Wühlarbeit fortsetzen. Neben seiner Regierungstätigkeit findet Nicole doch noch Zeit für das Präsidium der sozialistischen Presseunion und zur häufigen aktiven Mitarbeit am „Travail" in einer Tonart, die von Regierungsverantwortlichkeit nichts verrät. Die Folgen solcher Zustände blieben denn auch nicht aus und zeigten sich in wiederholten Tumulten, wo un-

disziplinierte Straßenbanden das Pflaster beherrschten und Nicoles Polizei jeweils erst eingriff nach Beendigung der Ausschreitungen. Als antifascistische Radaumacher auch ein italienisches Gebäude beschädigten, mußte sich Nicole dann freilich zu Entschuldigungen bequemen, die diesem Fascistenfresser äußerst unbequem gewesen sein mögen. Die Ursache solcher Verhältnisse liegt wohl darin, daß Nicole auf die Gunst des extremen, bolschewistischen Flügels der Genfer Sozialdemokraten angewiesen ist und sich einfach nicht getraut, gegen denselben vorzugehen, aus Angst um seinen Thron. Die Folge aber ist, daß Genf nicht allein in der Schweiz, sondern auch im Ausland in einen schlechten Ruf kommt. Die Völkerbundsdelegierten müssen zwar vorläufig trotzdem noch nach Genf gehen, aber dem übrigen Fremdenverkehr mag der schlechte Ruf Genfs so wenig förderlich sein wie dem Kredit dieses Kantons. Zwischen Nicole und den Banken besteht ein unerbittlicher Krieg, in welchem jede Partei die andere auf die Knie zu zwingen trachtet. Im April brachten es die Banken fertig, daß Nicole mit seinem Latein am Ende war. Er, der noch bei seinem Regierungsantritt großmaulig die Sanierung der zerrütteten Genfer Finanzen binnen vier Monaten versprochen hatte, mußte nun klein und häßlich nach Bern einen Canossagang unternehmen. Unter gewissen Bedingungen erklärte sich der Bundesrat bereit, Genf zu helfen, und seinen Bemühungen hat es Nicole schließlich zu verdanken, daß ihm ein paar Großbanken und einige Kantonalbanken den nötigen Kredit gewährten. Er scheint den Banken diesen Sieg nicht vergessen zu haben und rächte sich dafür an der Schweizerischen Diskontbank. Im April 1933 hatte sich der Große Rat Genfs verpflichtet, sich an der Sanierung dieser Bank mit 5 Millionen Franken zu beteiligen. Nicoles bankenfeindlicher Presse ist es wohl zu verdanken, daß die Diskontbank Ende April in Zahlungsschwierigkeiten kam durch bedeutende Rückzüge und die Einzahlung der 5 Millionen verlangen mußte. Nicole aber kümmerte sich einen Deut um den Beschluß des Großen Rates und verweigerte die Zahlung, sodaß die Bank ihre Schalter schließen mußte. Der Wortbruch eines Regierungschefs und seine katastrophalen Folgen haben dann auch überall die nötige Beachtung gefunden. Daß es Nicole nicht am Können, sondern am Willen fehlte, zeigte dann seine Haltung gegenüber der Stadt Genf, die der Bank die 5 Millionen zur Verfügung stellen wollte. Sie wurde dafür von Nicole gehörig gerüffelt. Nur wenn eine Umwandlung der Diskontbank in eine Genfer Kantonalbank zur Diskussion stünde, könnte über eine Hilfe durch die Stadt gesprochen werden! Das Parteidogma der Bankensozialisierung also war es, das Nicole zum Wortbruch und zur Ruinierung einer Bank getrieben hat. Ähnliche seltsame Sprünge wie in der Genfer Innen- und Finanzpolitik machte Nicole zu Anfang dieses Jahres auch in der Außenpolitik, die ihn im übrigen gar nichts angeht, sondern Sache des Bundes ist. Über solche Kompetenzfragen aber setzt sich Nicole souverän hinweg. Während nach langjährigem Prozeß durch Schiedsspruch endlich auf Neujahr die Zonen wieder hergestellt wurden und man sich überall über diesen Sieg der schweizerischen Außenpolitik freute, agitierte Nicole aufs schärfste gegen die neuen Zonen und suchte sogar den eingefleischten Zonengegner, den französischen Senator David, auf. Derart suchte der Genfer Regierungschef die offizielle schweizerische Außenpolitik zu hintertreiben, bis ihm von Bern aus bedeutet werden mußte, daß er auf diesem Gebiet nichts verloren habe. Die Gründe von Nicoles eigentümlichen Verhalten in der Zonenfrage liegen lediglich auf innerpolitischem Gebiet: Nicole setzte sich für die durch die Zonenregelung mißvergnügten Gemüsegärtner ein, um diese kleine, aber zufällig einflußreiche Gruppe als Stimmvieh vor seinen Triumphwagen zu spannen. — Nach all diesen Regierungstaten Nicoles, verbunden mit einer ständigen und schärfsten parteiagitatorischen Tätigkeit durch Wort und Schrift muß es nicht weiter wundern, daß zwei Kantone aus Sorge um den innern Frieden öffentliche Reden dieses Demagogen verhindert haben durch ein Redeverbot (Bern) oder gar durch ein Verbot der Einreise ins Kantonsgebiet (Wallis). Es dürfte freilich in der Geschichte des eidgenössischen Bundesstates das erste Mal sein, daß sich Kantonsregie-

rungen zu solchen freundeidgenössischen Maßnahmen genötigt sehen gegenüber dem vom Volke gewählten Regierungshaupt eines andern Kantons. Man fragt sich nur, wie lange es Nicole oder Genf aushalten können bei einer solchen Politik, die sich um kein Recht und keine Billigkeit kümmern, aber auch, wie lange der Bund solchem verantwortungslosen Treiben eines Demagogen noch zusehen wird.

Gottfried Zeugin.

Die Saar.

Zwei Abstimmungen. / Der kommende Entscheid in der Saarfrage.

Vom 26. Januar bis zum 23. Juni 1920 lagen in der von Belgien besetzten Eifelgegend auf den Kreiskommissariaten zu Eupen und Malmedy vormittags von 9 bis 12 und nachmittags von 2 bis 4 Uhr, am Sonntag bloß von 9 bis 12 Uhr die Listen auf, in die sich die stimmberechtigten Einwohner von Eupen-Malmedy einzutragen hatten, wenn sie für den Verbleib ihrer Heimat bei Deutschland eintreten wollten. Die Gesamtbevölkerung dieser Kreise beträgt rund 60,000 Seelen; die Zahl der Stimmberechtigten erreichte 1920 rund 34,000. Diese alle sollten also an zwei Orten stimmen, die zudem vom Wohnsitze bis zu 40 Km. entfernt lagen. Außerdem erfolgte die Abstimmung völlig offen, unter den Augen der belgischen Besatzungstruppen und in den Räumen der belgischen Behörden, die die Ausweise zu prüfen hatten. Jeder Stimmberechtigte wurde von den belgischen Beamten entsprechend bearbeitet und jedem, der sich für Deutschland aussprechen würde, wurde der Entzug der Lebensmittelkarten, der Pässe, der Ausfuhrerlaubnisscheine u. s. w. angedroht. Das wurde der Bevölkerung durch offenen Anschlag der Behörden mitgeteilt. Schon am 24. Februar 1920 wurden deshalb alle die zum Leben notwendigen behördlichen Scheine durch öffentlich angeschlagene Verfügung 15 Personen eines einzigen Ortes entzogen, die es gewagt hatten, für den Verbleib ihrer Heimat bei Deutschland einzutreten.

Das war im Jahre 1920 eine von der Pariser Friedenskonferenz angeordnete und vom Völkerbund ausdrücklich genehmigte Volksabstimmung, in der sich eine Bevölkerung über das Schicksal ihrer Heimat entscheiden mußte. Nirgends hat sich die öffentliche Meinung über diese Art einer „Volksabstimmung" aufgehalten. Sie ist bis zum heutigen Tage in Kraft geblieben und ihr Ergebnis wird von Belgien jederzeit als international gültiges Recht angerufen.

Heute, 15 Jahre nach diesen Ereignissen, soll im deutschen Westen wiederum eine von der seinerzeitigen Pariser Friedenskonferenz verfügte Volksabstimmung stattfinden. Jetzt wird in der ganzen Welt und besonders in und um den Genfer Völkerbund darüber debattiert, wie die Freiheit dieser Abstimmung gewährleistet werden könne. Es wird nach internationalem Schutz für diese Abstimmung gerufen, trotzdem die Ruhe und Ordnung im Saargebiet noch nie gestört worden ist. Man will eine besondere internationale Abstimmungskommission einsetzen, man will besondere Abstimmungsgerichte errichten, man erstrebt eine internationale Polizei u. s. w. u. s. w. Ja, schon setzt Frankreich seine Truppen in Lothringen für den Schutz dieser Abstimmungsfreiheit in Bereitschaft. Und darüber hinaus erregt man sich allenthalben bereits vorsorglich über das Schicksal jener deutschen Emigranten, die nach dem Umsturz in Deutschland nach dem Saargebiet flüchteten und seither von dort aus den Kampf gegen den deutschen Nationalsozialismus mit allen Mitteln geführt haben. So weit geht die Sorge um die völlige Abstimmungsfreiheit im Saargebiet, daß der Völkerbundsrat es bisher noch nicht fertig gebracht hat, das Datum für die vom Versailler Vertrag genau vorgeschriebene Abstimmung festzusetzen. Er ist lieber unverrichteter Dinge auseinandergegangen.

Wenn man diese beiden Abstimmungen im deutschen Westen, die beide über das Schicksal völlig und unzweifelhaft deutscher und auch deutschbewußter Gebiete

entscheiden sollen, miteinander vergleicht, so muß man wirklich über die Verschiedenheit der angelegten Maßstäbe sich wundern. Auf der einen Seite hat es genügt, unter den Augen der Besatzungstruppen und unter stärkstem behördlichem Druck eine Farce von einer Abstimmung durchzuführen. Es wäre ja bei dem besten Willen nicht möglich gewesen, daß die Masse der 34,000 abstimmungsberechtigten Eupen-Malmedyer überhaupt innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit ihr Stimmrecht hätten ausüben können. Außerdem vollzog sich die Stimmabgabe öffentlich und für jedermann in jedem einzelnen Fall überwachbar, sodaß auch offen für jeden zu Gunsten Deutschlands Stimmenden die schärfsten Vergeltungsmaßnahmen angekündigt und auch durchgeführt werden konnten. Im Fall des Saargebiets aber empfindet man schon den Druck der zu mindestens 90 % einheitlichen öffentlichen Meinung als unstatthaft, trotzdem eine internationale Kommission über die Durchführung der Abstimmung wacht und diese geheim erfolgen wird.

Wieso diese Verschiedenheit des Maßes und des Gewichts? Ganz einfach deswegen, weil im Fall von Eupen-Malmedy das zur Siegergruppe gehörige Belgien daraus seinen Vorteil zog, daß man aus der Abstimmung eine Farce machte, und weil im zweiten Falle Frankreich von einer ungestörten glatten Abstimmung eine vernichtende Niederlage zu erwarten hat. Dabei aber soll durch derartige Abstimmungen ein heiliges Recht geschaffen werden!

* * *

Je näher nun der vom Versailler Vertrag vorgesehene Zeitpunkt der Abstimmung über das endgültige Schicksal des Saargebiets rückt, umso lebhafter wird die politische Spannung in Mitteleuropa. Man fühlt sich schon in jene aufgeregte Zeit zurückversetzt, wo man in Frankreich die Ruhrbesetzung erwog. Langsam, aber stetig wächst die Spannung zwischen Frankreich und Deutschland. Mit Herrn Barthou ist eben wieder einmal ein ausgesprochener Vertreter jener Richtung ins französische Außenministerium eingezogen, der von den 1919 errungenen Vorteilen keinen Fuß breit freiwillig räumen will. Entschlossen wird die von Briand eingeschlagene Politik deshalb verlassen und es wird in die alten Bahnen Poincarés zurückgelenkt. Die Folgen zeigen sich bereits.

Das ist umso bedauerlicher, weil man eigentlich nicht einsieht, weshalb Deutschland und Frankreich in ihrer heutigen Form sich nicht vertragen sollten. Frankreich hat doch sicher seine alten Pläne auf das Rheinland aufgegeben. Hitler seinerseits hat wiederholt erklärt, daß Deutschland keineswegs daran denke, in Elsaß-Lothringen irgendwie einzugreifen. So sind gegenwärtig größere territoriale Streitigkeiten nicht vorhanden. Wirtschaftlich stehen sich die beiden Länder nicht im Wege, können sich aber gegenseitig in erheblichem Umfange aushelfen und ergänzen. So sieht man nicht ein, weshalb denn die seit Locarno dauernde Politik der Beruhigung und des Vertragens nicht andauern soll? In Paris wird man sich durch die Schar der deutschen Emigranten doch nicht aufhetzen lassen und dieser Gesellschaft zu Liebe doch kaum politische Abenteuer eingehen wollen. In Deutschland hat man mit dem Aufbau des neuen Staates so viel zu tun, daß man außenpolitisch nicht allzu viel Bewegung wünscht; dazu kommen die wirtschaftlichen und finanziellen Sorgen.

Da kommt nun aber die Saarfrage, die offenbar in Frankreich die Gedanken an die Machtpolitik der Zeit von 1918 bis 1925 wieder lebendig macht. Könnte man sich sonst die demonstrativen Nachrichten über französische Manöver in Lothringen an der Saargrenze ganz außerhalb der Manöverzeit erklären? Könnte man sich sonst den französischen Widerstand in Genf gegen eine Festsetzung des Datums der Saarabstimmung erklären? Was will Frankreich mit dieser Verschleppung und diesem Säbelrasseln erreichen, wenn es nicht die Saarabstimmung angesichts der ungünstigen Aussichten überhaupt verschieben oder gar nicht zu Stande kommen lassen will? Mit einer solchen Politik aber läßt sich an eine deutsch-französische Zusammenarbeit überhaupt nicht mehr denken!

Und doch sollte heute die Saarfrage keine Schwierigkeiten mehr machen. Frankreich weiß, daß die gewaltige Masse der Bevölkerung des Saargebiets unbedingt die Rückkehr zum Deutschen Reiche wünscht. Die Hoffnung, daß die innerpolitischen Verhältnisse im Reiche die Arbeiter oder die gläubigen Katholiken dazu bewegen würden, für ein selbständiges Saargebiet einzustehen, wird ernstlich wohl nirgends mehr geteilt; die bisherigen Erfahrungen haben ja gezeigt, daß solche innerpolitische Erwägungen doch immer nur für sehr beschränkte Kreise den Ausschlag geben können. Dasselbe gilt für den Gedanken, daß bedeutende Kreise der Saarbevölkerung aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus für die Fortdauer des heutigen Zustandes eintreten könnten. So muß man in Paris doch damit rechnen, daß die gewaltige Masse der Bevölkerung die Rückkehr zu Deutschland mit dem Stimmzettel durchsetzen wird.

Nun ist es natürlich völlig falsch, zu erwarten, daß in einer solchen Lage Deutschland einen Gewaltstreich versuchen werde. Weshalb sollten die Deutschen alles aufs Spiel setzen und den Franzosen einen bequemen Vorwand liefern, die Saarfrage mit Gewalt zu ihren Gunsten zu entscheiden? Sie denken sicher gar nicht daran! Alle gegenteiligen Gerüchte sind bloß mit böswilliger Absicht ausgestreut, um die gegenwärtige Spannung zu verschärfen.

Inzwischen aber wird die Saarfrage auch zu einer schweren Belastung für den Völkerbund. Dessen Regiment ist im Saargebiet immer ein höchst unglückliches gewesen. Man hat dort etwa so verwaltet, wie man das auch in Zentralafrika tun würde. Leute aus aller Herren Länder und vielfach nicht gerade die besten Vertreter ihrer Länder sind als Beamte und Richter zur Leitung der wilden Saarbevölkerung herangezogen worden. Außerdem hat man der Bevölkerung möglichst wenig politische Bewegungsfreiheit und Mitspracherecht bei der Leitung ihres Schicksals eingeräumt. Die vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission hat vielmehr immer autoritär regiert und ihre Hauptaufgabe darin gesehen, Frankreich bei seiner auf den Besitz der Saargruben gestützten Wirtschaftspolitik zu schützen und in seiner Kulturpolitik zu fördern. Kurz, das Saargebiet ist zum Wohlgefallen Frankreichs und zum größten Mißfallen der eigenen Bewohner regiert worden. Besonders schlimm ist das Verhältnis im letzten Jahr geworden, seitdem der Engländer Knox seinen Verstand völlig eingebüßt zu haben scheint und alles mit Gewalt machen zu können glaubt. Die Regierungskommission ist auf dem besten Wege, ihre ohnehin nicht große Autorität noch völlig zu verlieren und ein solcher Zusammenbruch wird auch durch französische Bajonette nicht geheilt werden können. So ist es für den Völkerbund hohe, ja höchste Zeit, daß er von seiner Aufgabe im Saargebiet entbunden wird!

Überhaupt aber ist es hohe Zeit, daß die ganze Saarfrage erledigt wird. Man setze in Genf das Datum der Abstimmung fest; das wird schon zur Beruhigung der Gemüter beitragen. Man lasse im Saargebiet den Entscheid durch die Volksabstimmung fällen; von Deutschland her wird der nicht gestört werden, denn hier besteht das größte Interesse, einen klaren Volksentscheid zu erzielen. Man arbeite allerseits darauf hin, den jetzigen Zwitterzustand an der Saar, der für Mitteleuropa ein Unding ist, zu bereinigen. Dann wird man in Europa eine neuralgische Stelle weniger besitzen und Deutschland und Frankreich können wieder ruhig zusammenspannen. Das ist ja für jede wirkliche Befriedung Europas immer die erste und grundlegende Bedingung!

Gelingt es nicht, in absehbarer Zeit die Saarfrage zu liquidieren, so wird man eben zur Gewaltpolitik offener Art zurückkehren. Denn es gibt ja nur zwei Möglichkeiten, die Saarabstimmung und damit die Beseitigung des Saargebiets zu verhindern: Einen Gewaltstreich in Genf durch die Mehrheit des Völkerbundes oder einen Gewaltstreich an der Saar durch französische Truppen. Was jeder dieser Streiche aber für Europa bedeuten würde, das kann sich jedermann ohne weiteres vorstellen!

Aarau, den 21. Mai 1934. Hektor Ammann.